

# Kein Markt wie jeder andere

## Argumente für einen radikalen Umbau des Finanzmarkts

STEFAN KYORA\*

*Rezension zu Philippe Mastronardi und Mario von Cranach (2010) (Hrsg.): Lernen aus der Krise. Auf dem Weg zu einer Verfassung des Kapitalismus, Bern, Stuttgart und Wien: Haupt-Verlag, 166 Seiten.*

Die Finanzwirtschaft ist für die Schweiz von großer Bedeutung. Ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) beträgt rund elf Prozent. Dominiert wird der Sektor von den beiden Großbanken UBS und Credit Suisse. Im Zuge der Finanzkrise musste die UBS, das größere der beiden Institute, mit einem milliarden schweren staatlichen Stabilisierungspaket unterstützt werden (vgl. Schweizerische Nationalbank 2009: 77). Vor diesem Hintergrund erstaunt es nicht, dass in der Schweiz eine lebhafte Debatte zur Bankenkrise entstanden ist (vgl. etwa Reichmuth 2008; Baumann/Rutsch 2008).

Aus wirtschaftsethischer Sicht ragt das von Mastronardi und von Cranach herausgegebene Buch aus der Masse der Veröffentlichungen heraus. Die Beiträge decken ein breites Spektrum ab, welches von der Klärung der wirtschaftsethischen Grundlagen über die Skizzierung einer neuen Finanzmarktordnung bis zur Formulierung konkreter Maßnahmen reicht. Eine weitere Besonderheit des Buches ist der interdisziplinäre Ansatz. Neben dem Wirtschaftsethiker Peter Ulrich, dem Staatsrechtler Philippe Mastronardi und dem Psychologen Mario von Cranach kommen Volkswirtschaftler ebenso zu Wort wie Historiker und Politikwissenschaftler. Die an der Publikation beteiligten Autoren arbeiten im „Rat Kontrapunkt“ regelmäßig zusammen.<sup>1</sup>

Die folgende Besprechung konzentriert sich auf den zentralen Argumentationsstrang des Buches. Selbstverständlich gibt es daneben weitere Beiträge, die interessante Detailsaspekte beleuchten, etwa die homogene Kultur im Investmentbanking als Ursache für zu riskante Investmententscheidungen (95-105).

Im Zentrum der Grundlegung von Ulrich stehen zu Beginn des Buches Überlegungen zur Freiheit unter den Bedingungen ökonomischer Ungleichheit. Ulrich hält fest, dass Freiheit nur dann diesen Namen verdient, wenn sie sowohl durch das Moment der prinzipiellen Gleichheit als auch durch eine reale Qualität gekennzeichnet sei (53). Da der unregulierte Markt zum Beispiel Arbeitslosigkeit zulässt, bietet er keine Gewähr für eine durchgehende Realisierung der Freiheit (54f.). Zudem bevorzugt der Markt

---

\* Dr. phil. Stefan Kyora, Talstrasse 18, CH-6020 Emmenbrücke, Tel.: +41-(0)41-2262082, Fax: +41-(0)41-2262089, E-Mail: kyora@unternehmensethik.ch, Forschungsschwerpunkte: Unternehmensethik für kleine und mittelgroße Unternehmen (KMU), korporative Verantwortung von Unternehmen, ökonomische, gesellschaftliche und rechtliche Steuerung von Unternehmen.

<sup>1</sup> Vgl. zum Rat Kontrapunkt die Website des Think Tanks: [www.rat-kontrapunkt.ch](http://www.rat-kontrapunkt.ch).

bestimmte Lebensentwürfe und verletzt damit auch das Moment der Gleichheit (55f.). Im Vorteil sind insbesondere auch Kapitaleigner (56).

Um den Markt zu ‚zivilisieren‘, das heißt die Freiheit auch im Markt zu sichern, braucht es nach Ulrich Wirtschaftsbürgerrechte (57). Darunter versteht er „Grundrechte, die die Bürger befähigen, ihren unbedingten gleichen Bürgerstatus auch als ungleich ausgestattete Wirtschaftssubjekte zu bewahren“ (Ulrich 2008: 282). Konkret fordert Ulrich im vorliegenden Band als Wirtschaftsbürgerrechte den „Zugang zu Bildung und Know-how, zu Kapital und Kredit als Voraussetzungen des freien Unternehmertums für jedermann“ (57). Hinzu kommen Mitbestimmungsrechte für Arbeitnehmer. Als Basisabsicherung für diejenigen, die nicht am Marktgeschehen teilnehmen können oder wollen, hält Ulrich ein bedingungsloses Grundeinkommen für das richtige Konzept (58).

Auf der Basis von Ulrichs Überlegungen argumentieren nun insbesondere Mastroiardi und von Cranach in ihren Beiträgen für einen Paradigmenwechsel in der staatlichen Steuerung der Finanzwirtschaft (147). Ihnen geht es nicht nur um eine bessere technische Steuerung, sondern um eine neue Finanzmarktordnung (140). In einem ersten Schritt gewinnen sie Ulrichs deontologischer Argumentation eine konsequentialistische Pointe ab. Denn nach Mastronardi und von Cranach schränken die ungleichen Bedingungen im Finanzmarkt nicht nur die Freiheit ein, sondern sind auch eine wichtige Ursache für die Entstehung der Finanzkrise.<sup>2</sup>

Ausgangspunkt für das Argument ist die Beobachtung, dass das Geldvermögen in den vergangenen Jahrzehnten stark gewachsen ist. In Deutschland etwa wuchs das Geldvermögen zwischen 1950 und 1995 um den Faktor 461. Die Zahl ist ein handfestes Beispiel für die von Ulrich konstatierte Bevorzugung von Kapitaleignern durch den Markt, denn in der gleichen Zeit vervielfachten sich die Nettoeinkommen durch Löhne und Gehälter nur um den Faktor 18 (81). Da die Kapitalvermögen weiter angelegt werden können, während die Einkommen aus Löhnen häufig restlos konsumiert werden, verschärft sich nicht nur die Ungleichheit laufend (79f.), sondern es entsteht auch immer mehr Vermögen, das nach geeigneten Investitionsgelegenheiten sucht. Der daraus resultierende Anlagedruck führt zur Überbewertung von Anlagen, wie sie auch der aktuellen Finanzkrise vorausging (81).

Für freiheitssichernde Maßnahmen im Sinne von Ulrichs Wirtschaftsbürgerrechten spricht deswegen nicht nur dessen eigene deontologische Argumentation, sondern auch eine konsequentialistische Überlegung. Werden die Kapitaleigner weniger bevorzugt, stellt dies auch eine Maßnahme gegen die „Buchgeldblase“ dar, die Mastronardi und von Cranach als entscheidende Ursache der Finanzkrise ansehen (86, vgl. 143). Die Autoren schließen sich dann auch Ulrichs Vorschlägen an und fordern etwa eine stärkere steuerliche Belastung von Kapitalerträgen gegenüber Arbeitseinkommen oder auch die Mitbestimmung und Mitbeteiligung der Arbeitnehmer (153).

Ihre Argumentation geht allerdings darüber hinaus. Sie fordern eine Regulatierung der Finanzbranche analog zu anderen Dienstleistungen von allgemeinem Interesse, etwa

---

<sup>2</sup> Allerdings gibt es auch in Ulrichs Beiträgen zum Buch Bemerkungen, die eher konsequentialistisch zu verstehen sind. So hält er technische Maßnahmen nicht für ausreichend, um eine weitere Krise zu verhindern (36).

dem Telekommunikations- oder dem Strommarkt. Ihr Argument für diese Form der Regulierung läuft im Wesentlichen darauf hinaus, dass der Finanzmarkt kein Markt wie jeder andere ist (125f.). Bei dieser Gegenüberstellung ist wiederum der Begriff der Freiheit zentral. Ein unregulierter Finanzmarkt tangiert aus zwei Gründen die Freiheit der Wirtschaftssubjekte besonders stark. Erstens haben die Banken die Möglichkeit, mit angelegten Geldern Kredite abzusichern, die vom Volumen her deutlich größer sind als die ursprüngliche Summe. Durch diese so genannte Kreditschöpfung (81) können die Banken sehr rentable Anlagemöglichkeiten bieten. Unternehmen aus der Realwirtschaft, die ebenfalls Geld von Anlegern suchen, sind gezwungen, ähnliche Renditen zu bieten, wenn ihre Geldsuche erfolgreich sein soll. Zweitens kann sich die Realwirtschaft der Finanzwirtschaft nicht entziehen. Unternehmen sind für ihre tägliche Arbeit auf die Banken angewiesen. Aus diesen beiden prinzipiellen Gründen besitzen Banken deutlich mehr Macht als gewöhnliche Unternehmen aus der Realwirtschaft. Da die Banken aufgrund des Mechanismus der Kreditschöpfung prinzipiell attraktivere Anlagemöglichkeiten als die Realwirtschaft anbieten können und sich gleichzeitig keine Firma der Finanzwirtschaft entziehen kann, sind die Banken in der Lage, den Unternehmen aus der Realwirtschaft ihre Bedingungen zu diktieren. Laut Mastronardis Fazit könnten selbst Mainstream-Ökonomen „heute kaum mehr bestreiten, dass der Finanzmarkt die von Geld und Kredit abhängige Realwirtschaft nach spekulativen Interessen steuert, ohne von dieser selbst wiederum hinreichend kontrolliert werden zu können“ (127).

Es ist diese besondere Bedeutung des Finanzmarktes für die Wirtschaft und die daraus resultierende Macht der Banken, die Mastronardi und von Cranach nicht nur eine bessere technische Regulierung und einen besseren Zugang zum Kreditmarkt für alle im Sinne von Ulrichs Wirtschaftsbürgerrechten fordern lässt, sondern darüber hinausgehend eine neue Finanzmarktordnung.

Im Zentrum dieser Ordnung steht das Konzept des Gewährleistungsstaates. Entwickelt wurde es in der Diskussion um das New Public Management, um zu einer flexibleren und effizienteren Aufgabenverteilung zwischen Staat und Wirtschaft zu kommen.<sup>3</sup> In diesem Konzept wird zwischen der Gewährleistungsverantwortung, der Leistungs- oder Erfüllungsverantwortung und der Auffangverantwortung unterschieden. Während die Leistungsverantwortung an private Unternehmen delegiert werden kann, verbleibt die Gewährleistungsverantwortung und die Auffangverantwortung, die beim Versagen des privaten Leistungsträgers greift, beim Staat (129). Angewandt wird dieses Konzept heute etwa bei Infrastrukturbauten, Telekom- oder Postdienstleistungen oder auch der Wasserversorgung. Mastronardi und von Cranach sehen den Finanzmarkt dann auch in Analogie zu diesen Feldern als Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse oder mit dem entsprechenden schweizerisch-französischen Terminus als Service public (20, 127, 150).

Der geforderte Paradigmenwechsel einer neuen Finanzmarktordnung bedeutet also im Konkreten nicht die Verstaatlichung des Finanzsektors. Gefordert wird vielmehr eine Regulierung in Analogie etwa zum Telekommunikations- oder Energiesektor (129, 154). Im Finanzmarkt zielt die Regulierung dabei vor allem auf die Beschränkung der

---

<sup>3</sup> Zur Entwicklung des Begriffs Gewährleistungsstaat vgl. Schedler 2000.

Eigendynamik des Sektors, die zur oben angesprochenen Buchgeldblase und gleichzeitig zum Übergewicht der Finanzwirtschaft gegenüber der Realwirtschaft geführt hat. Dies soll zum einen durch die Bewilligungspflicht neuer Finanzprodukte wie zum Beispiel von Derivaten erreicht werden. Die weitreichendere Forderung besteht in einer radikalen Beschränkung der Gewinne von Banken. „Im Bereich der Grundversorgung [der Unternehmen mit Krediten (S.K.)] soll der wirtschaftliche Anreiz primär aus Gebühren stammen, welche für die Transaktionsleistung verlangt werden dürfen, die aber ebenfalls einer Regulierung unterstehen“ (154).

Das Buch ist zunächst einmal ein wichtiger Diskussionsbeitrag in der Debatte über die Finanzkrise. Darüber hinaus setzt es Maßstäbe als theoretisch fundierter Beitrag zu einer aktuellen Auseinandersetzung. Grund dafür ist, dass die Argumentation nicht nur auf einer theoretisch durchdachten Position aufbaut, auch die Konkretisierung geschieht mit dem Begriff des Gewährleistungsstaates auf der Höhe der aktuellen Diskussion. Auf Grund dieser Qualitäten ist das Buch auch für Leser von Interesse, welche die Position von Peter Ulrich nicht teilen.

Nicht ganz diesem Niveau entspricht hingegen die Vorstellung von den Bedürfnissen der Realwirtschaft an den Finanzmarkt. Unternehmen brauchen nicht nur Kredite von Banken.<sup>4</sup> Auch mittelgroße Firmen sichern sich heutzutage zum Beispiel mit Derivaten gegen Währungsschwankungen ab. Sogar die Angebote der Private-Equity-Branche sind zum Beispiel für Jungunternehmen, die über eine neuartige Technologie verfügen, unverzichtbar für den Firmenaufbau. Daraus ergibt sich die grundsätzliche Frage, inwieweit der Finanzmarkt auf wenig ertragreiche Geschäfte eingeschränkt werden kann, ohne gerade diejenigen Unternehmen aus der Realwirtschaft zu bremsen, die wie Jungfirmen oder exportorientierte Unternehmen über ein hohes Wachstumspotenzial verfügen.

## Literaturverzeichnis

- Baumann, C./ Rutsch, W. E.* (2008): Swiss Banking – wie weiter? Aufstieg und Wandel der Schweizer Finanzbranche, Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung.
- Reichmuth, K.* (2008): Weg aus der Finanzkrise. Entscheid und Haftung wieder zusammenführen, Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung.
- Schedler, K.* (2000): Gewährleistungsstaat – eine Konzeption für den Staat im New Public Management, in: Berliner Debatte Initial, Jg. 11/Heft 3, 5-18.
- Schweizerische Nationalbank* (2009): 101. Geschäftsbericht 2008, Bern.
- Thielemann, U./ Ulrich, P.* (2003): Brennpunkt Bankenethik: Der Finanzplatz Schweiz in wirtschaftsethischer Perspektive, Bern/Stuttgart/Wien: Haupt.
- Ulrich, P.* (2008): Integrative Wirtschaftsethik: Grundlagen einer lebensdienlichen Ökonomie, 4. Aufl., Bern/Stuttgart/Wien: Haupt.

<sup>4</sup> Die gleiche zu stark eingeschränkte Sichtweise der Bedürfnisse der Realwirtschaft findet sich bereits in einer älteren Publikation von Ulrich und Thielemann zur Bankenethik, vgl. Thielemann/Ulrich 2003, 42f.